



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Claudia Köhler, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Zuschüsse zur Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb
(Kap. 07 05 Tit. 892 76)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 05 wird der Ansatz im Tit. 892 76 (Zuschüsse zur Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb in Bayern) für das Jahr 2026 von 6.500,0 Tsd. Euro um 6.500,0 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 07 05 wird der Ansatz im Tit. 892 76 (Zuschüsse zur Anschaffung von Nutzfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb in Bayern) für das Jahr 2027 von 8.500,0 Tsd. Euro um 8.500,0 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Begründung:

Die aktuellen technologischen Entwicklungen im Verkehrssektor machen deutlich, dass sich batterieelektrische Antriebe – auch im Nutzfahrzeugbereich – zunehmend als effizienteste und ressourcenschonendste Lösung durchsetzen. Eine weitere staatliche Förderung wasserstoffbasierter Nutzfahrzeuge und der dazugehörigen Infrastruktur setzt vor diesem Hintergrund klimapolitisch und ökonomisch falsche Anreize. Grüner Wasserstoff ist ein knappes Gut und wird künftig dort dringend benötigt, wo Elektrifizierung an ihre physikalischen Grenzen stößt – insbesondere in der energieintensiven Industrie als saisonales Speichermedium und für flexible, hocheffiziente Kraftwerksanwendungen. Eine verantwortungsvolle Förderpolitik muss diese wissenschaftlichen Erkenntnisse ernst nehmen und begrenzte öffentliche Mittel gezielt dort einsetzen, wo sie den größten Beitrag zu Klimaschutz, Effizienz und Resilienz leisten. Die Streichung von Fördermitteln im Wasserstoff-Nutzfahrzeugbereich ist daher ein notwendiger Schritt, um Fehlallokationen zu vermeiden und eine glaubwürdige, wirkungsorientierte Verkehrswende voranzubringen.